

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TUR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. September 1962

Blatt 1928

Jubiläumsgruß an den Österreichischen Alpenverein

=====

21. September (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute früh im Roten Salon des Wiener Rathauses die Mitglieder des Hauptausschusses des Österreichischen Alpenvereines sowie die aus Anlaß des hundertjährigen Bestandes des Alpenvereines in Wien weilenden Vertreter ausländischer Organisationen. Der Bürgermeister hob die Verdienste hervor, die sich der Österreichische Alpenverein in den hundert Jahren seines Bestandes um die Entwicklung des Alpinismus erworben hat und wünschte ihm auch für die Zukunft die schönsten Erfolge.

Univ.-Prof. Dr. Kinzl dankte im Namen des Österreichischen Alpenvereines und seiner ausländischen Gäste für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

21. September (RK) Montag, den 24. September, Route 4 mit Besichtigung des Theaters an der Wien, des Verkehrsbauwerkes Südtiroler Platz, des Volksheimes Arthaberplatz, des Laaer Berg-Bades und des Neubaues der Heizwerkstätte sowie städtischer Wohnheusanlagen und sonstiger Einrichtungen im 10. und 11. Bezirk. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 13.30 Uhr.

- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger
=====

21. September (RK) Soeben ist die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers erschienen. Das Blatt enthält auf 28 Seiten Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken und in Spezialrubriken Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Bartensteingasse 7, erhältlich. Eine Einschaltung in die nächste Nummer, die am 7. November erscheint, kann bis spätestens 24. Oktober vorgenommen werden.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

21. September (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 25. September:

18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

Mittwoch, 26. September:

18.15 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4, 3. Stock,

17.00 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43,

17.30 Uhr, Favoriten, Keplerplatz 5, Sitzungssaal,

16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1.

Donnerstag, 27. September:

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3,

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/II.

Freitag, 28. September:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock.

- - -

Die Stadt Wien betreut 25 Millionen Quadratmeter Grünflächen
=====

21. September (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute bei der 125-Jahr-Feier der Österreichischen Gartenbau-Gesellschaft eine Ansprache, in der er den Beitrag dieser Vereinigung würdigte, den sie bei der gärtnerischen Ausgestaltung Wiens leistete. Zugleich gab er einen Überblick über die gegenwärtige Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung auf gärtnerischem Gebiet. Der Bürgermeister führte aus: "Die Österreichische Gartenbau-Gesellschaft feiert ihren 125-jährigen Bestand, und die Stadt Wien nimmt herzlichen Anteil an dem Jubiläum dieser Vereinigung, die durch ihr segensreiches Wirken soviel dazu beigetragen hat, Wien zu einer Gartenstadt werden zu lassen. Als Bürgermeister übermittle ich die besten Wünsche und den Dank der Wiener Stadtverwaltung für die hervorragende Zusammenarbeit, die die Österreichische Gartenbau-Gesellschaft immer geboten hat, wenn es galt, die baulichen Schöneiten Wiens mit gärtnerischen Kunstgriffen in den passenden Rahmen zu stellen. Ich darf aber auch mit Genugtuung vermerken, daß in den Reihen der Funktionäre der Österreichischen Gartenbau-Gesellschaft immer wieder auch leitende Beamte des Wiener Stadtgartenamtes zu finden sind.

Die Freude an Blumen und an schön angelegten Gärten ist etwas, was den Wienern sehr am Herzen liegt. Der bekannte Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck", aber noch mehr die Anhänglichkeit der Wiener an ihre Kleingärten beweist, wie weit verbreitet diese Vorliebe in Wien ist. Die Wiener Stadtverwaltung trägt diesem Umstand Rechnung und ist bemüht, das Stadtbild mit möglichst vielen, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Gärten und Grünflächen aufzulockern, und wenn kein Platz für ein Blumenbeet vorhanden ist, dann sollen wenigstens Schalen mit bunten Blumen einen frohen Akzent auf Straßen und Plätze setzen. Insgesamt betreut die Stadt Wien zirka 25 Millionen Quadratmeter Grünflächen, die dem Publikum Erholung und Entspannung bieten; im Jahr werden für die Erhaltung dieser Grünanlagen rund 50 Millionen Schilling aufgewendet, und ein fast ebenso hoher Be-

trag wird jährlich für die Schaffung neuer Grünflächen investiert. Eines der bemerkenswertesten Projekte ist die Ausgestaltung der Ufer des Donaukanals zu einer 14 km langen Promenade; dieses Vorhaben ist bereits zu etwa zwei Dritteln ausgeführt und bereichert Wien um einen Spazierweg, der die Freude an gärtnerischer Ausschmückung mit schönen Ausblicken auf das Wiener Stadtbild vereint. Die Hauptaufgabe der Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Gartenwesens ist aber die gründliche Vorbereitung der Wiener Internationalen Gartenbauausstellung 1964, die auf dem ehemaligen Müllschüttungsgelände zwischen der Floridsdorfer Brücke und der Reichsbrücke im Entstehen begriffen ist. Alle Sparten des Gartenbaues und der Pflanzenzucht werden dort reichlich Gelegenheit haben, ihre Leistungen zu zeigen. Diese Ausstellung wird für ein ganzes Jahr die Aufmerksamkeit der internationalen Garten und Blumenwelt auf sich lenken. Das Wiener Stadtgartenamt hat sich auf diese große Aufgabe gründlich vorbereitet. Der neue Wiener Reservegarten, der als der modernste seiner Art in Europa gilt, erweist sich für diesen Zweck als ganz besonders zweckdienlich.

Vom öffentlichen Gartenwesen abgesehen, interessiert sich die Wiener Stadtverwaltung auch sehr für die Förderung des Gartenbaues im Rahmen privater Vereinigungen. Den beiden großen Verbänden für Kleingarten- und Siedlungswesen werden von der Stadt Wien für den Ankauf von Schädlingsbekämpfungsmitteln und hierfür erforderlichen Geräten jährlich Subventionen zur Verfügung gestellt. Der amtliche Pflanzenschutzdienst, der ebenfalls den Wiener Behörden obliegt, sorgt dafür, daß keine Pflanzenschädlinge und -Krankheiten eingeschleppt werden und daß die Bekämpfung der im Inland auftretenden Schädlinge und Pflanzenkrankheiten mit allem Nachdruck betrieben wird.

Dieser kurzgefaßte Überblick über die gegenwärtige Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung auf gärtnerischem Gebiete unterstreicht das lebhafteste Interesse, das die Stadt Wien an den Bestrebungen der Österreichischen Gartenbau-Gesellschaft nimmt. Die neuen Räume dieser Gesellschaft sollen in ihrer Schönheit und Zweckmäßigkeit den Anreiz geben, hier Neues auszuarbeiten,

das sich den großen Leistungen der Gesellschaft in den letzten 125 Jahren ebenbürtig zur Seite stellen kann. Mit diesem Wunsche gratuliere ich der Österreichischen Gartenbau-Gesellschaft im Namen der Stadt Wien zu ihrem 125-jährigen Bestand und wünsche ihr für die Zukunft ein erfolgreiches Wirken in ihrer neuen Heimstatt!"

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Oktober
=====

21. September (RK) Im Oktober sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Oktober: Ankündigungsabgabe für September,
Getränkesteuer für September,
Gefrorenessteuer für September,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte September.
- 14. Oktober: Anzeigenabgabe für September,
Ortstaxe für September.
- 15. Oktober: Lohnsummensteuer für September.
- 20. Oktober: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Oktober.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

21. September (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war die Wiener Abgabenordnung. Vorher teilte der Vorsitzende mit, daß von der KLS zwei und von der ÖVP ebenfalls zwei Anfragen vorliegen; die FPÖ hat an den Landeshauptmann eine Anfrage wegen der Verordnung über die Marktbindung gerichtet und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Wiener Abgabenordnung beschlossen

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) referierte sodann über die Wiener Abgabenordnung. Amtlich gesagt, handelt es sich um die "Gesetzesvorlage, betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden der Stadt Wien verwalteten Abgaben".

Der Referent bezeichnete die Vorlage als sehr erfreulich, weil damit eine einheitliche Abgabenordnung geschaffen wurde. So kann das bis 31. Dezember befristete Provisorium auslaufen und ab 1963 die neue Ordnung angewendet werden. Wie umfangreich die Vorarbeiten gewesen sind, geht am besten daraus hervor, daß die Gesetzesvorlage 250 Paragraphen auf 89 Seiten umfaßt. Es war überhaupt ein mühsamer Weg, um zu geordneten Bestimmungen zu kommen, ein Weg der schon in der Ersten Republik begonnen wurde. Der vorliegende Entwurf wurde auch mit der Bundesabgabenordnung abgestimmt. Die Bundesregierung hat daher die Mitwirkung von Bundesdienststellen zugesagt. Der Entwurf wurde wie immer den Interessenvertretungen, der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur Stellungnahme übermittelt. Er wurde nahher nochmals umgearbeitet, um möglichst viele der gegebenen Anregungen einbauen zu können.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ), dessen Antrag auf getrennte Durchführung von General- und Spezialdebatte abgelehnt worden war, erklärte, daß die gemeinsame Abführung von General- und Spezialdebatte nur dann vorgesehen sei, wenn es sich um ein Gesetz geringen Umfanges handelt, was aber bei einer Vorlage von 256 Paragraphen nicht zutrifft.

Leider wurde die Gelegenheit versäumt, bei dieser Abgabenordnung neuen fortschrittlichen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Dieser Entwurf der Wiener Abgabenordnung stellt sich im großen gesehen als Abklatsch der Bundesabgabenordnung dar, in einigen Bestimmungen wurden sogar Veränderungen zum Nachteil des Steuerzahlers und Abgabepflichtigen vorgenommen. So etwa hat die Behörde nur dann zu berichtigen, wenn der Steuerpflichtige die Abgaben unvollständig und zu niedrig bemessen hat, hat er sich jedoch zu seinen Ungunsten geirrt, dann schweigt die Abgabenbehörde. Das ist nicht sehr fair.

Wie es mit den Beratungen über diesen umfangreichen Entwurf aussieht, möge folgender Vergleich erkennen lassen. Während der Entwurf der Bundesabgabenordnung von einem Unterausschuß des Finanz- und Budgetausschusses des Nationalrates in 15 Sitzungen mit einer Gesamtdauer von mehr als 60 Stunden beraten worden ist, wurde der Entwurf zur Wiener Abgabenordnung den Mitgliedern des Wiener Landtages erst vor zehn Tagen zugesandt und die 256 Paragraphen wurden in einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses in sage und schreibe vier Minuten ohne Debatte behandelt und beschlossen.

Die Freiheitlichen verkennen nicht den Vorteil, den eine Zusammenfassung der bisher aufgesplitterten Vorschriften im Interesse der Rechtssicherheit bietet. Aber mehr als eine Zusammenfassung sei dieser Gesetzentwurf nicht. Es werde hier eine Art Vorschriftensalat serviert, es werden Begriffe hineinkonstruiert, die, wie etwa der Begriff "Treuhand", der österreichischen Rechtsordnung fremd sind. Wer sagt denn, daß das Land Wien alles, was der Bund tut, sklavisch nachahmen muß? Hier wäre Gelegenheit gewesen, moderne Vorschriften zu schaffen, die vielleicht auch dem Bundesgesetzgeber als Beispiel und Anregung für eine Novellierung der Bundesabgabenordnung hätte dienen können.

Unser Haupteinwand richtet sich aber vor allem gegen die Art und Weise, wie diese Vorlage das Rechtsmittelverfahren regelt. Auf dem Gebiete des Abgabewesens ist der Bürger leider noch immer Untertan und der Bürokratie irgendwie ausgeliefert. Wenigstens auf dem Gebiet des Rechtsmittelverfahrens sollte dem Steuerzahler die gleiche Stellung eingeräumt werden wie der Abgabenbehörde. Dies könnte am besten durch die Einrichtung unabhängiger Finanzgerichte geschehen. Die Art und Weise jedoch, wie das Rechtsmittelverfahren in diesem Entwurf geregelt ist, bedeutet einen Rückschritt und keinen Fortschritt. Die FPÖ beantragt daher, die Vorlage an die Landesregierung zurückzustellen, um so wenigstens diese Härte zu beseitigen.

Abg. Walzer (ÖVP) begrüßt die neue Abgabenordnung als eine wesentliche Vereinfachung für den Abgabepflichtigen und zugleich auch für die Verwaltung. Er beschäftigt sich mit einigen kleineren Abweichungen im vorliegenden Entwurf von der Bundesabgabenordnung und verweist dabei auf die Vorteile, die sich daraus in der Praxis ergeben werden. Er begrüßt ferner, daß mit den Bestimmungen über das Abgaben-Rechtsmittelverfahren einer Demokratisierung der Abgabenordnung weitgehend Rechnung getragen wurde. Seine Fraktion werde daher dem Antrag zustimmen.

Abg. Dr. Broesigke (FPÖ) beschäftigt sich dann kritisch mit dem Text der Vorlage und mit ihrer Stilisierung. Er meint, daß der Wiener Landtag bei der Beschließung dieser Abgabenordnung nicht verpflichtet sei, die in der Bundesabgabenordnung enthaltenen Fehler zu übernehmen. Er stellt daher einige Änderungsanträge. Seiner Meinung nach seien viele Bestimmungen des Gesetzentwurfes vom Standpunkt des Rechtsempfindens problematisch und anfechtbar. Er bittet den Landtag, die Abgabenordnung für das Land Wien, die für Jahre Geltung haben soll, einer entsprechenden Prüfung zuzuführen. Beschlüsse von solcher Tragweite müssen gut überlegt werden, sagt er, um Unklarheiten im vorhinein auszuschalten.

Vizebürgermeister Slavik stellt in seinem Schlußwort fest, daß man bemüht war, zu einer einheitlichen Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern zu kommen. Im Parlament wurde gute Vorarbeit geleistet. Bereits dort wurde auf alle Probleme verwiesen, die

sich bei der Schaffung derartiger Gesetze ergeben und dementsprechend auch auf die Wünsche der Bevölkerung Rücksicht genommen. Die Länder haben diese Bundesabgabenordnung nur so weit geändert, daß sie den Unterschieden in den verschiedenen Abgaben gerecht wird. Diese Einheitlichkeit sei sehr günstig und soll deshalb auch gewahrt werden. Er empfehle daher, die Abänderungsanträge der Debatteredner abzulehnen. Auch einige in der Debatte gemaachte Vorschläge könnten nicht weiter behandelt werden, da sie in die Kompetenz des Parlamentes fallen. Die Verwaltung sehe ihre Aufgabe keinesfalls darin, die Leute zu ärgern oder zu terrorisieren. Im übrigen sei jeder Willkür durch das Amtshaftungsgesetz ein Riegel vorgeschoben. Die Abänderungsanträge des Abgeordneten Dr. Broesigke, die sich mit der Beseitigung eines Schreibfehlers, ferner mit der Ersetzung des Wortes "Kurator" durch "gesetzlichen Vertreter" sowie der Abänderung einer Formulierung im § 86, Abs. 3, beschäftigen, empfiehlt Slavik zur Annahme.

Bei der Abstimmung wurden die Abänderungsanträge mit Ausnahme der vom Referenten zur Annahme empfohlenen, gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt. Der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Abg. Dr. Peter (FPÖ) erhält sodann zur Begründung seines am Beginn der Sitzung eingebrachten Antrages wegen Marktbindung das Wort. Er stellt fest, daß es sich hier um eine Anordnung handelt, durch die die Fleischhauer praktisch gezwungen werden, nur an zwei Stellen einzukaufen. Und das gerade in der Zeit zwischen 21. Oktober und 31. Dezember, also gerade zur Zeit des Weihnachtsgeschäftes. Durch diese Verordnung wird auch das Interesse der Wiener Konsumenten keineswegs gewahrt, da sich diese Maßnahme auf die Preisbildung ungünstig auswirken wird. Die Wiener Bevölkerung habe ein Recht darauf, daß sie über die Gründe, die zur Schaffung dieser Verordnung geführt haben, informiert wird. Der Redner stellt daher den Antrag auf Verlesung und Behandlung seiner Anfrage.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt. Seine Beantwortung wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

21. September (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. An Anfragen lagen eine von der KLS, eine von der FPÖ, fünf von der ÖVP und eine von der SPÖ vor. Es wurden ferner folgende Anträge eingebracht: von Gemeinderäten der KLS fünf Anträge, die im einzelnen die gerechte Abgeltung der Mehrarbeitsstunden des Krankenpflegepersonals, die Beseitigung einer Verkehrsfalle im 22. Bezirk, die Einhebung einer Abgabe auf ungenützten Wohnraum, die Verstärkung der kommunalen Wohnbautätigkeit und die Schaffung einer Querverbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im 10. Bezirk verlangen. Fünf von Gemeinderäten der ÖVP eingebrachte Anträge betreffen die Gewährung einer Subvention für das Jugendfürsorgeheim der Caritas, die Einbeziehung des Lebensmittelkleinhandels in die aus den Mitteln des Getränkesteueraufkommens gespeiste Kreditaktion, die Verbesserung der Lebensmittelpakete für Dauerbefürsorgte, die an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen konnten, die Erstellung eines Konzeptes für die Erfordernisse in zweiter Ebene und die Errichtung von öffentlichen Waschplätzen für Kraftfahrzeuge.

Als erster Punkt der Tagesordnung erfolgt die Nachwahl eines Mitgliedes des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, da Gemeinderat Fronauer diese Funktion zurückgelegt hat. Es wurde Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil (Meidling) vorgeschlagen und mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gewählt.

Hierauf referierte Gemeinderat Adelpoller (SPÖ) über die Neufestsetzung der Wochenlöhne der Arbeiter der "Gewista".

Gemeinderat Maller (KLS) erklärte, daß seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde, obwohl die Wochenlöhne noch immer nicht der Härte der Arbeit und den Möglichkeiten der Gewista entsprechen. Die Geschichte der Löhne zeige abermals, daß die Gemeinde diesen Menschen nicht das Verständnis entgegenbringe, das sie erwarten könnten.

Den Gewista-Arbeitern werde es durchaus nicht leicht gemacht, ihre berechtigten Forderungen erfüllt zu bekommen.

Nach einem Schlußwort des Gemeinderates Adelpoller, in dem er ausführte, daß die Bediensteten der Gewista mit der getroffenen Regelung zufrieden sind, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Rechnungsabschluß 1961

Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildete der Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1961, den Vizebürgermeister Slavik (SFÖ) vorlegte. Er hob hervor, daß der Rechnungsabschluß verhältnismäßig rasch fertig geworden ist. Der Rechnungsabschluß zeigt, daß in diesem Jahr sehr ausgeglichen gearbeitet wurde und alle Aufgaben erfüllt werden konnten. Das war nur möglich, weil nicht nur mehr Ausgaben, sondern auch mehr Einnahmen zu verzeichnen waren. Gegenüber dem im Voranschlag vorgesehenen Abgang von rund 175 Millionen ist der tatsächliche Abgang auf rund 33 Millionen gesunken.

Auch die Entwicklung bei den Steuern und Abgaben zeigt, daß 1961 ein Jahr der guten Konjunktur, ja der Hochkonjunktur war. Besonders erfreulich ist dabei die Entwicklung des Beschäftigtenstandes. Von 1957 bis 1961 ist eine kontinuierliche Steigerung des Beschäftigtenstandes von 723.800 auf 770.800, also um 47.000, zu verzeichnen. Im Jahre 1958 war der Beschäftigtenstand in Wien sogar viel besser als im übrigen Bundesgebiet, was auf die vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen zurückzuführen war.

Eine solche Hochkonjunktur wirkt sich natürlich auch auf die Steuern aus. Die Mehreinnahmen bei den Landes- und Gemeindeabgaben machen insgesamt rund 202 Millionen Schilling aus. Davon war ein Mehrertrag bei der Gewerbesteuer nach Kapital und Ertrag von 119 Millionen, bei der Lohnsummensteuer von 45 Millionen, bei der Grundsteuer von sechs Millionen, bei der Vergnügungssteuer von fünf Millionen, leider aber auch bei der Getränkesteuer von rund 15 Millionen. Soweit die steuerpflichtigen Beträge erfaßt werden können, kann man der Wiener Bevölkerung ein sehr gutes Zeugnis für ihre Steuermoral ausstellen. Günstig haben sich auch die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben entwickelt.

Die Vermögensrechnung weist einen Abgang auf, dies jedoch deswegen, weil nur die Geldwerte verzeichnet sind. Tatsächlich ist das Vermögen der Gemeinde natürlich wieder größer geworden. Wir haben mehr Häuser und mehr Grundbesitz. Insgesamt verfügt die Stadt Wien über 1.520 Objekte mit 137.155 Wohnungen und 6.667 Geschäftslokale.

Slavik erwähnte dann die verschiedenen Kreditaktionen, darunter besonders die sogenannte Wohnbauförderung 1954, für die bisher 1.015 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wurden. Damit ist die Gemeinde Wien den vorgesehenen Jahresraten um 143 Millionen Schilling voraus, sodaß viele Baugenossenschaften rascher mit der Durchführung ihrer Projekte beginnen konnten. Überhaupt hat die Gemeinde Wien auch im Jahre 1961 wesentlichen Anteil an der Erhaltung der Vollbeschäftigung. Vor allem im Baugewerbe wurden große Beträge ausgegeben.

Vizebürgermeister Slavik betonte auch, daß man die Verwaltung der Stadt Wien als sparsam bezeichnen könne. Der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben beträgt nur 29.2 Prozent.

1961 war ein Jahr des gewaltigen Fortschrittes. Trotzdem stehen in den kommenden Jahren weiterhin große Aufgaben vor uns: Kanal- und Wasserleitungsbauten für die neuaufgeschlossenen Gebiete (für das nächste Jahrzehnt schätzt man die Kosten allein dafür auf 1.8 Milliarden Schilling) - der Wohnhausbau muß verstärkt fortgesetzt werden - auf dem Gebiet des Schulwesens bringt das neunte Schuljahr zusätzliche Aufgaben - beim Gesundheitswesen steht die Modernisierung der Spitäler im Vordergrund. In diesem Zusammenhang bedauerte Vizebürgermeister Slavik, daß am Allgemeinen Krankenhaus noch immer nicht gebaut wird, weil die Diskussion zwischen den Fachleuten einfach kein Ende nehmen will.

Jedenfalls hat das Jahr 1961 dazu beigetragen, daß wir viel von den Versäumnissen der Vergangenheit aufholen konnten. Unser Wunsch ist es, daß alles unternommen wird, damit es in diesem Land keine Krisenerscheinungen gebe und der soziale Frieden aufrecht bleibe ebenso wie die Vollbeschäftigung.

Sie ist die Voraussetzung für steigende Einnahmen und damit für die Deckung hoher Ausgaben, die wiederum notwendig sind, um jene Forderungen zu erfüllen, die an die Gemeindeverwaltung gestellt werden. 1961 war ein Jahr der Erfüllung der gestellten Forderungen, schloß der Referent, er hoffe, daß die kommenden Jahre gleich erfolgreich gestaltet werden können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Vizebürgermeister Slavik teilte schließlich noch mit, daß vier Staatsbürger von ihrem Recht der Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß Gebrauch gemacht haben; davon hat einer "Erinnerungen" - das ist der amtliche Ausdruck für Kommentare - abgegeben. Er schlägt vor, diese den betroffenen Verwaltungsgruppen zur Erledigung zuzuweisen.

Hierauf stellt Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge, um deren Annahme er ersucht.

Gemeinderat Lauscher (KLS) stellt fest, daß die im Rechnungsabschluß 1961 ausgewiesenen Mehreinnahmen nicht nur auf die Konjunktur und Vollbeschäftigung, sondern auch auf die Preissteigerungen zurückzuführen sind. Es handelt sich also um Mehreinnahmen, die meist aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung kamen. Im Zusammenhang erinnert er daran, daß zum Beispiel die Gewerbesteuer um 400 Millionen mehr eingebracht hätte, wenn nicht der Finanzreferent bei den Verhandlungen um den Finanzausgleich auf 40 Prozent dieser Steuer zugunsten des Bundes verzichtet hätte. Dagegen seien die Vorteile, die der Finanzausgleich Wien gebracht hat, nicht nennenswert. Die Stadt Wien hat sich dann schadlos gehalten, indem sie kurzerhand mehrere Gebühren erhöhte. Der Redner verweist darauf, daß am Jahresende Rückstände an Gemeindeabgaben in Höhe von 70 Millionen Schilling ausgewiesen werden. Es handelt sich meist um Rückstände der Lohnsummensteuer, für die die Arbeitgeber aufzukommen haben und um Rückstände, die ihre Ursache in der Stundung der Gebrauchsgebühren haben. Die Stadtanleihe, für die Wien in 20 Jahren 500 Millionen Schilling und noch dazu 450 Millionen Schilling an Zinsen zurückzuzahlen hat, brachte.

nur 478 Millionen Schilling ein. Dazu muß festgestellt werden, daß der Finanzreferent unter die Schuldenmacher gegangen ist, und daß er hierbei eine besondere Geschicklichkeit an den Tag legte. Das gilt auch für die Annuitätenzuschüsse der Wohnbauaktion, die im vergangenen Jahr bereits die Höhe von 800 Millionen Schilling erreichten. Wien muß also Schulden zahlen, die andere gemacht haben. Der Redner ist der Meinung, daß dieses Geld, das an Begüterte verschenkt wird, besser dem sozialen Wohnungsbau zugeführt werden sollte. Aus dem Rechnungsabschluß gehe auch hervor, daß die Krankenhäuser im vergangenen Jahr mit einem Defizit in Höhe von 425 Millionen Schilling abschließen. In diesem Zusammenhang bedauert der Redner, daß die Vertreter der Stadt Wien bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich es versäumt haben, darauf zu bestehen, daß der Bund seinen Beitrag für das Gesundheitswesen leistet. Der Bund habe vielmehr auf dem Gebiet der Volksgesundheit seine Leistungen an die Länder und Gemeinden noch weiter gekürzt.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, daß die ausgewiesenen Mehreinnahmen nur ein optisches Bild einer günstigen Wirtschaftslage ergeben. Demgegenüber muß festgehalten werden, daß in Zeiten einer inflationistischen Tendenz immer auch die Steuereinnahmen steigen. Er verweist auf den Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes, in dem von Preissteigerungen und Rückgängen in der Spartätigkeit gesprochen wird. Die von Jahr zu Jahr sinkende Zahl der fertiggestellten städtischen Wohnungen ist eines der Beispiele dafür, wie die Entwicklung bei der Stadtverwaltung konform mit der Regierungspolitik gehe. Abschließend bemängelt der Redner die unzulänglichen finanziellen Beiträge des Bundes für die Wiener Spitäler und seine Unentschlossenheit, wirksam gegen die Bodenspekulation einzutreten. Wenn auch der Rechnungsabschluß 1961 ziffernmäßig günstig abschließen, erklärt er, könne dennoch nicht verschleiert werden, daß wir uns in einer Inflation befinden.

GR. Dr. Weninger (ÖVP) bedauert, daß heuer nicht wie im vergangenen Jahr Rechnungsabschluß und Kontrollamtsbericht in einer Sitzung zur Debatte standen. Es müßte bei der Vorlage des Rechnungsabschlusses auch die Möglichkeit geschaffen werden, sich ein kontinuierliches Bild über die Erfolge der Jahre 1959 bis 1962 zu machen. Auf dem Bausektor müßte auch der Personalaufwand mitgerechnet werden. Erst dann wäre eine Vergleichsmöglichkeit mit den Bauten anderer Länder und bei Privaten gegeben. Auf dem Bausektor sind die Ausgaben bedeutend gestiegen, was zum größten Teil auf die allgemeine gute wirtschaftliche Lage zurückzuführen ist. Man müsse jedoch daran erinnern, daß auch der Anteil der Bundesabgaben beträchtlich gestiegen ist. Der Redner regt an, dem Gemeinderat bei der Beratung des Voranschlages detaillierte Aufzeichnungen vorzulegen, wie hoch die Vorgriffe auf die nächsten Jahre sind. Erst nach Abrechnung dieser Vorgriffe und der fixen Ausgaben erhalte man jene Beträge, über die man im kommenden Jahr tatsächlich verfügen kann. Die Rücklagen, die im Jahre 1957 650 Millionen Schilling betragen, stiegen bis zum Jahr 1960 auf 846 Millionen an. Das war der vorläufige Höhepunkt, da sie im Jahre 1961 etwas angegriffen werden mußten und auf 837 Millionen zurückgingen. Sicherlich ist eine volle Kasse ein gutes Ruhekissen für den Finanzreferenten; wir müssen aber auch darauf sehen, daß diese Beträge für die Wirtschaft und das Wohl aller eingesetzt werden. Der Ertrag des Jahres 1961 war ein guter. Die Gewerbe-, Lohnsummen-, Grund-, Vergnügungs- und Getränkesteuer brachten Mehreinnahmen. Auf dem Sektor der Getränkesteuer sind diese Mehreinnahmen bedauerlich, da sie auf einen größeren Verbrauch alkoholischer Getränke zurückzuführen sind. Die ÖVP habe bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß durch eine Befreiung der alkoholfreien Getränke von der Getränkesteuer etwas gegen den Alkoholkonsum getan werden könnte.

Auf die einzelnen Verwaltungsgruppen eingehend, stellt der Redner fest, daß auf dem Personalsektor der "Plafond" erreicht wurde. Der Personalstand könnte nicht mehr weiter unterschritten werden.

Zu begrüßen seien die Rationalisierungsmaßnahmen und das Einsetzen technischer Hilfsmittel. Eine wiederholte Forderung sei es, die Gehalts- und Lohnvorschüsse - wie andere Körperschaften und Sozialversicherungsträger - zinsfrei zu gewähren.

Auf dem Kultursektor haben die Ausstellungen heuer nicht den Erfolg gezeitigt, wie seinerzeit die Van Gogh-Ausstellung. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß die Schülerzahlen in **den Volksschulen** zunehmen. Bedauerlich sei der Rückgang der Schülerzahlen in der Modeschule der Stadt Wien.

Der Aufwand bei der Fürsorge ist größer geworden, obwohl die Zahl der Fürsorgefälle von 9.456 auf 8.544 gesunken ist.

Auf dem Gesundheitssektor ist besonders die Polioimpfung hervorzuheben, die nunmehr von der Gemeinde Wien kostenlos durchgeführt wird. Daß mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses noch nicht begonnen werden konnte, sei bedauerlich. Zu begrüßen ist die Erweiterung des Wilhelminenspitals, der Ausbau verschiedener anderer Spitäler und die Tatsache, daß der Rettungsdienst nun über 70 Mann verfügt.

Auf dem Bausektor ist der Aufwand von 945 Millionen im Jahre 1959 auf 1.133 Millionen im Jahre 1961 gestiegen. Bei der Neuen Wiener Wohnbauaktion müßte man untersuchen, ob hier den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gebaut wird und ob alle Bestimmungen eingehalten wurden.

Das Sinken der Zahlen beim Wohnhausbau sei bedauerlich. Man weiß jedoch, daß auf dem Material- und Personalsektor große Schwierigkeiten bestehen. Zu denken gebe die Tatsache, daß die Abgänge bei den Hauptmietzinsen auf 60 Millionen gestiegen sind. Daß diese Zinsebgänge beim Althausbesitz 16 Millionen Schilling betragen, sei ein weiterer Schönheitsfehler.

Es falle besonders auf, daß von 40.000 Fahrprüflingen rund 21.000 durchgefallen sind. Sind also die Prüfungen wirklich so schwer, oder läßt man die Leute absichtlich durchfallen? Daß bei der Gärtnerei und den Steinmetzbetrieben mit einem Abgang abgeschlossen wurde, sei unerfreulich. Vielleicht sollte man diese Betriebe der Privatinitiative übergeben. Beträchtlich sei der Abgang von 57 Millionen Schilling bei den Wasserwerken.

Die Einnahmen aus den Wohnhäusern betragen 195 Millionen Schilling, die Ausgaben jedoch 261 Millionen. Die Betriebskosten sind von 74 auf 90 Millionen gestiegen. Es fällt auf, daß die Verwaltungsstrafen sehr gestiegen sind. Die von der Stadt Wien gegebenen Empfänge verursachen immer höhere Kosten.

Gemeinderat Dr. Weninger dankt abschließend im Namen seiner Fraktion allen, die beim Rechnungsabschluß mitgewirkt haben und auch allen Bediensteten, die durch ihren Fleiß, ihre Ausdauer und Mühewaltung geholfen haben, daß dieser Erfolg des Jahres 1961 erzielt werden konnte. Seine Fraktion werde dem Rechnungsabschluß 1961 zustimmen.

Gemeinderat Marek (SPÖ) zieht auf Grund des Rechnungsabschlusses den Schluß, daß bei der Erstellung des Voranschlages mit großer Sorgfalt vorgegangen worden ist. Der Meinung der Sprecher der FPÖ und der KLS, daß es inflationistische Tendenzen gebe, könne nicht beigepflichtet werden. Es ist erfreulich, daß der ÖVP-Gemeinderat Dr. Weninger diese Kritik zurückgewiesen hat. Er möge diese wirklich gültige Auffassung aber auch in allen Kreisen vertreten. Man möge den Schilling aus dem Spiel lassen und unsere Währung, die die Grundlage unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seins ist, nicht in die Debatte ziehen.

Die erfreuliche Einnahmensteigerung zeigt, daß die konjunkturelle Lage anhält. Es wäre ein Fehler, nur deswegen, weil die Zuwachsrate nicht mehr so hoch war wie in den vergangenen Jahren, von einem Rückgang der Wirtschaft zu sprechen. Auch vor dem Wort **Rezession** muß gewarnt werden. Bedenken wir doch, daß die Zuwachsrate in der amerikanischen Wirtschaft bei drei Prozent liegt, und wenn es uns gelingt, unsere Wirtschaftslage in gleicher Höhe zu halten, so haben wir zu einem Pessimismus wirklich keine Veranlassung. Wir können mit Freude und Stolz sagen, daß diese Finanzverwaltung, die in der Planung nicht kleinlich und in der Verwirklichung großzügig ist, richtig budgetiert hat. Die Steuer rückstände zum Jahresende betragen praktisch nur 7,2 Millionen, und trotz Erfüllung aller großen kommunalpolitischen Aufgaben wurden nur 8,6 Millionen aus Rücklagen herangezogen.

Nach drei Richtungen hin wurde Vorbildliches geleistet, man ist nicht nur einen Schritt, man ist viele Schritte vorwärts gekommen. Unser Bürgermeister ist gerade auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ein Motor, dem die seelische und körperliche Gesundheit der Bürger sehr am Herzen liegt. Es ist erfreulich, daß auch Stadtrat Dr. Glück im Jahr 1961 viel geleistet hat, das wir dankbar anerkennen müssen. Man bedenke nur, daß im Wilhelminenspital 280 Betten geschaffen worden sind. Bei der Planung für das Allgemeine Krankenhaus ist die Koordinierung der Bauinteressen des Bundes und der Gemeinde erfreulich, doch kann die doppelte Bauführung keinesfalls im Interesse der schnelleren **Verwirklichung** des Projektes liegen. Vielleicht wird man auch auf diesem Gebiet eine Koordinierung erreichen können. Erfreulich ist auch, daß auf dem Gebiet der Fürsorge eine größere Summe verausgabt wurde, obwohl 1.000 Befürsorgte weniger aufscheinen.

Wenn gesagt wurde, daß zu wenig und zu langsam gebaut wird, so ist das nur bedingt richtig. Denn wenn 1962 schon 745 Millionen verbaut werden, so ist das nur durch eine Abkehr von den traditionellen Baumethoden möglich geworden. Überhaupt werden auf wirtschaftlichem Gebiet alle Möglichkeiten wahrgenommen. Wenn Dr. Weninger von Versäumnissen gesprochen hat, so muß man doch gerechterweise berücksichtigen, daß wir bis zum Abschluß des Staatsvertrages nicht so vorgehen konnten wie andere Städte.

Für Grundkäufe scheint die Summe von 227 Millionen auf. Die Grundkäufe erfolgten nach einem großen Konzept mit einem Blick auf das Jahr 2000. Damit haben wir den Würgegriff der Bodenspekulation gelockert und der künftigen Planung unserer Stadt samt den Grünflächen Raum gegeben. Wir müssen **nun nicht** mehr jedem Makler, der uns "großmütig" ein Platzerl anbietet, die Tür öffnen, Vielleicht wird endlich auch das Parlament das Bodenbeschaffungsgesetz und das Assanierungsgesetz beschließen.

Auch beim Schaubau wurden fortschrittliche Ideen realisiert. Bis zum Jahre 1964 wird es in Wien keine unzulänglichen Schulklassen mehr geben.

Alle Bürger, die mit offenen Augen durch Wien gehen, haben Grund, stolz auf diese Stadt zu sein. Daß diese Stadt auch von den Fremden gewürdigt wird, zeigt die Zahl von fast zweieinhalb Millionen Ausländernächtigungen. Die Saison 1961 war also durchaus erfreulich. Es ist aber alarmierend, daß die Luxus-hotels schlechter besucht waren als im Vorjahr. Wenn Wien Kongreßstadt bleiben will, werden verschiedene Revisionen notwendig sein. Ausländer, die in einem wirklich anständigen Hotel in der Innenstadt für ein Zwei-Bett-Zimmer mit Bad 680 Schilling pro Nächtigung bezahlt haben, waren doch mit Recht verärgert, denn das zahlt man weder in Frankfurt noch in Paris für ein Zimmer gleicher Güte. Da erfolgte die Kalkulation weniger mit dem Rechenstift, sondern mehr "gefühlsmäßig".

Gemeinderat Marek setzte sich dann mit einem in der "Neuen Front" von Gemeinderat Peter veröffentlichten Artikel auseinander, in dem ihm vorgeworfen wird, daß er als Direktor der Wiener Messe AG und als Landtagspräsident, der kommunistischen "Volksstimme" ein Interview gegeben hat. Ich habe, sagte er, viele Interviews gegeben, und erklärt, daß die Wiener Messe ein Bild aller gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte bieten möge. Daher muß auch über die Bedeutung des Osthandels gesprochen werden, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, die Wiener Messe dächte nur an die westliche Integration und vergesse auf ihre Mittlerrolle zwischen Ost und West. Wien soll bleiben was es war, ein neutraler Staat, in dem sich die Vertreter verschiedener Wirtschaftssysteme treffen und wo auf friedlichem Boden gesprochen wird. Doch was den Vorwurf kommunistischer Propaganda auf der Messe anlangt: Wenn die Staatspolizei, die von der Regierung beauftragt war, propagandistische Provokationen zu unterbinden, keine Veranlassung zum Einschreiten hatte, so habe ich als verantwortlicher Leiter einer Aktiengesellschaft keine Zensurrechte auszuüben.

Allgemeine Heiterkeit erregten die folgenden Ausführungen von Gemeinderat Marek, die sich mit dem Mengeninventar beschäftigten. Der Redner meinte, er wolle keine Kritik üben, gebe aber doch zu bedenken, ob man nicht den einen oder anderen Gegenstand verkaufen könne.

So habe er zum Beispiel entdeckt, daß die Gemeinde Wien über 67.037 Schreibtische verfügt. Bei dem gegenwärtigen Personalstand heißt das, daß jedem Beamten zwei Schreibtische zur Verfügung stehen. Er könne jedoch bei aller Anerkennung des Arbeitseifers der Beamten nicht glauben, daß sie simultan an zwei Schreibtischen arbeiten. Eigenartig berühre auch, daß wir 323 Pferdelastwagen haben, sich jedoch im Inventar kein einziges Pferd, sondern nur drei Hunde finden. Schließlich konnte Marek noch 10.224 Handwagen entdecken; dies bedeutet für drei städtische Beamte einen Handwagen.

Jedenfalls aber kann Wien mit Recht von sich behaupten, daß sie die friedlichste Stadt der Welt ist. An Waffen verfügt die Gemeindeverwaltung über eine Pistole und zwei Alarmpistolen. Ich weiß nicht, meinte Gemeinderat Marek, in wessen Besitz diese eine Pistole ist (GR. Mühlhauser, ÖVP: die hat der Finanzreferent!) - vielleicht wird sie turnusweise weitergegeben.

Abschließend erklärte Gemeinderat Marek die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Rechnungsabschluß. Er beweise, daß wir auf dem rechten Weg sind, um den Bürgern dieser Stadt zu dienen. Gemeinderat Marek dankte unter dem Beifall der SPÖ und ÖVP der Finanzverwaltung für ihre vorzügliche Arbeit.

Im Schlußwort erklärte Vizebürgermeister Slavik, er danke seinerseits für die "gute Behandlung". Er geht dann auf verschiedene Bemerkungen der Debatteredner ein, um Irrtümer und Missverständnisse aufzuklären. So betont er unter anderem, man dürfe beim neuen Finanzausgleich nicht nur jene Seite aufzeigen, auf der die Gemeinde verloren hat, man müsse auch sagen, ~~was~~ sie für ihren Verzicht bekommen hat. Dem Gewerbesteuer~~ver~~zicht stehen nicht nur höhere Anteile an der Umsatzsteuer und der Mineralölsteuer gegenüber; alle Belastungen nach dem ASVG sind wir gleichfalls losgeworden und wir zahlen auch kein sogenanntes Nctopfer mehr.

Was die Steuerrückstände anlangt, so darf doch niemand glauben, daß eine Steuer, die am 31. Dezember fällig ist, schon vorher bezahlt wird.

Die Steuern werden natürlich erst im Jänner einlagen. Die effektiven Rückstände betragen daher nur sieben Millionen Schilling.

Durch die Aufnahme der Anleihe konnten wir Investitionen durchführen, die uns wesentlich teurer gekommen wären, hätten wir sie erst später gemacht. Vizebürgermeister Slavik teilt in diesem Zusammenhang auch mit, daß für die neue Anleihe bereits jetzt großes Interesse besteht. Die Rücklage ist auch keineswegs zu groß, sie deckt vielmehr nur die durchschnittlichen Ausgaben von eineinhalb Monaten.

Abschließend nimmt Vizebürgermeister Slavik zum vorgebrachten Vorwurf Stellung, die Gemeinde Wien sei unter die Schuldenmacher gegangen. Selbstverständlich könne von einer Verschuldung der Stadt überhaupt keine Rede sein; mit Ausnahme einer einzigen Anleihe aus dem Krisenjahr 1931. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Zustimmung zum Rechnungsabschluß 1961 einstimmig angenommen.

Neues Schwesternhaus für Rudolfstiftung

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) berichtet sodann über den Neubau eines Schwesternhauses im Krankenhaus Rudolfstiftung. Im fünfgeschossigen Objekt werden 100 Einzelzimmer mit verschiedenen Gemeinschaftsräumen entstehen. Die Baukosten werden mehr als zwölf Millionen Schilling betragen.

Gemeinderat Dr. Helene Stürzer (ÖVP) beschäftigt sich mit der geplanten Innenausstattung der Schwesternwohnungen im Rudolfspital, die den Bewohnerinnen verschiedene Annehmlichkeiten bieten werden. Sie verweist im Zusammenhang darauf, daß von der Stadt Wien in den letzten Jahren in mehreren städtischen Krankenhäusern die Schwesternunterkünfte bereits modernisiert wurden. Sie regt dann Maßnahmen an, mit denen der derzeitige Mangel auf dem Personalsektor leichter überwunden werden könnte. So sollten den weltlichen Schwestern, vor allem mit Familienanhang, bevorzugt Gemeindewohnungen zur Verfügung gestellt werden. In den Spitälern selbst könnte durch verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen die Arbeit des Pflegepersonals noch mehr erleichtert werden. Sie begrüßt die Errichtung einer Vorschule für Krankenpflegerinnen im Allgemeinen Krankenhaus und hofft, daß über diese Schule viele junge Mädchen dem Schwesternberuf zugeführt werden.

Stadtrat Dr. Glück gibt im Schlußwort einen Überblick über den Neubau und Ausbau von Schwesternheimen in den städtischen Krankenhäusern. Bei der Abstimmung wird der Antrag zur Errichtung des Schwesternheimes im Audolfspital einstimmig angenommen.

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Erhöhung der Pflegegelder und Pflegebeiträge. Sie stellt fest, daß von den 1.200 Pflegekindern der Gemeinde Wien fast ein Fünftel in Familienpflege ist. Die Stadtverwaltung ist diesen Pflegeeltern äußerst dankbar, da sie elternlosen Kindern die Möglichkeit geben, innerhalb einer Familie aufzuwachsen. Den Pflegemüttern soll mit den Pflegegeldern die Möglichkeit gegeben werden, die Kinder ordentlich und wirtschaftlich gesichert zu pflegen und aufwachsen zu lassen. Die Stadtverwaltung sei bemüht, die Pflegegelder den wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. Nach dem vorliegenden Antrag sollen die Beiträge ab 1. Oktober um 100 Schilling monatlich erhöht werden. Die neuen Pflegebeiträge sollen für Kinder von 0 bis 14 Jahren monatlich 350 Schilling, die Pflegegelder für Kinder bis zu 18 Monaten in Einzelpflege 650 Schilling, für Kinder über 18 Monate in Einzelpflege 600 Schilling und für Kinder in Pflegegroßfamilien 750 Schilling monatlich betragen. Die Empfänger von Pflegegeldern und Pflegebeiträgen sollen ab 1. November 1962 erstmals je einen halben Monatsbezug, im Jahre 1963 einen vollen Monatsbezug als 14. Auszahlung erhalten. In Pflegefällen von kürzerer Dauer soll ein entsprechender Anteil des 14. Bezuges gewährt werden.

Gemeinderat Dr. Marga Hubinek (ÖVP) begrüßt den vorliegenden Antrag, stellt jedoch fest, daß ihre Fraktion einen derartigen Antrag bereits im Dezember 1961 eingebracht habe. Leider wurde dieser von der SPÖ abgelehnt, sodaß man zu der Ansicht gelangen könnte, der heute vorliegende Antrag stehe im Zusammenhang mit den kommenden Wahlen. Frau Stadtrat Jacobi äußerte seinerzeit bei der Behandlung des ÖVP-Antrages die Befürchtung, daß eine Erhöhung der Pflegegelder für manche ein Anreiz sein könnte, Kinder in Pflege zu nehmen, ohne daß sie dazu die nötigen ideellen und ethischen Voraussetzungen hätten.

Sicherlich sei unbestritten, daß die Gemeinde Wien eine große Verantwortung bei der Auswahl von Pflegeeltern habe. Gerade jungen Ehepaaren sei es aber bei zu niedrigen Pflegegeldern fast unmöglich, ein Kind in Pflege zu nehmen.

Abschließend stellt Gemeinderat Dr. Hubinek namens ihrer Fraktion fest, daß diese dem Antrag gerne zustimmen werde.

Gemeinderat Leopoldine Schlinger (SPÖ) stellt mit Freude fest, daß es viele Menschen gibt, die Pflegekinder zu sich nehmen. Sie glaubt jedoch nicht, daß dabei die Höhe des Pflegegeldes ausschlaggebend sei. Man könne doch nie mit Geld abgelden, was man einem Kind Liebes tut. Die beste Heimverwaltung kann die Wärme einer Familie nicht ersetzen. Die Stadtverwaltung will ihre Dankbarkeit diesen Pflegeeltern gegenüber dadurch beweisen, daß sie ihnen ein ausreichendes Pflegegeld zur Verfügung stellt. Zu den Ausführungen von Gemeinderat Dr. Hubinek könne man nur sagen, daß die Sozialisten nicht immer Anträge stellen, jedoch in den Gemeinderatsausschüssen beraten, wie man die Lage auf den verschiedensten Gebieten verbessern kann. Erst wenn alle Berechnungen durchgeführt wurden, wird ein Antrag vorgelegt.

Gemeinderat Lauscher (KLS) fordert in seinen Ausführungen die Vertreter der ÖVP auf, sich zu revanchieren und in den Bundesländern eine analoge Pflegegelderhöhung durchzuführen. 400 Wiener Pflegekinder sind in den Bundesländern untergebracht, auch für diese dürfen, um eine Konkurrenzierung zu vermeiden, keine höheren Beiträge bezahlt werden. Die ÖVP könnte also in den Bundesländern der Gemeinde Wien nacheifern und die gleichen Pflegesätze beschließen.

Stadtrat Maria Jacobi bezeichnet es als unrichtig, daß die ÖVP den vorliegenden Antrag bereits im Dezember des vergangenen Jahres eingebracht habe. Der ÖVP-Antrag bezog sich nur auf die Gewährung eines 14. Pflegegeldes. Es stimme daher auch nicht, daß die Eltern durch die Nichtannahme des ÖVP-Antrages zu kurz kommen. Die beantragte Erhöhung soll ab 1. Oktober vorgenommen werden. Rechnet man also nach, dann erhalten die Pflegeeltern nach dem vorliegenden Antrag heuer um 650 Schilling und nicht nach den Wünschen der ÖVP um 500 Schilling mehr.

Man will die Pflegegelder auf die wirtschaftliche Situation abstimmen und gerade in den Monaten März bis Juli dieses Jahres stieg der Verbraucherindex um zwei Prozent für eine dreiköpfige Familie und um 2.5 Prozent für eine vierköpfige Familie. In der Zeit von 1. April 1959, also zur Zeit, als die letzte Festsetzung der Pflegegelder erfolgte, bis Februar 1962 stieg der Verbraucherindex um 9.5 Prozent. Die verhältnismäßig hohe Steigerung der letzten Monate zeigt, wie notwendig gerade jetzt eine Erhöhung geworden ist. Stadtrat Maria Jacobi stellt fest, daß man immer bemüht ist, mit allen Sozialreferenten der anderen Bundesländer eine mögliche Übereinstimmung zu erzielen. Leider haben die Sozialreferenten der Bundesländer ihre Finanzreferenten von einer notwendigen Erhöhung nicht überzeugen können. Die Vertreter der ÖVP mögen daher ihren Einfluß dort einsetzen.

Im übrigen waren die Pflegegelder und die Pflegebeiträge für die Sozialisten nie ein Politikum. Man würde damit den Idealismus der Pflegeeltern töten und gerade der ist es, der zum Wohle der elternlosen Kinder so dringend gebraucht wird.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Hierauf referiert Baustadtrat Heller über die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage in Wien 7, Lindengasse 61-62.

Gemeinderat Dr. Ebert (ÖVP) begrüßt es, daß in diesem Neubau mehr Geschäftslokale eingeplant wurden. Bisher, sagt er, war es ein großes Übel, daß in den meisten neuen Wohnhausanlagen ein Minimum an Geschäftslokalen vorgesehen war. Es sei absolut notwendig, daß in großen Wohnhausanlagen nicht nur Kaufleute, sondern auch Gewerbetreibende untergebracht werden, weil es die Bewohner schwer belastet, wenn sie mit Reparaturen weit entfernte Gewerbebetriebe aufsuchen müssen. Es mögen also in den Neubauten mehr Geschäfte und Werkstättenlokale eingeplant werden und diese Lokale sollen denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die dafür wirklich prädestiniert sind, also solchen Betrieben, die sich größere Aufwendungen nicht leisten können.

Im Schlußwort erklärt Stadtrat Heller, daß die Gemeinde Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1946 bis August 1962 rund 2.700 Geschäftslokale in städtischen Wohnhausanlagen neu errichtet hat, das sind jährlich ungefähr vier bis fünf Prozent der

Wohnungsnutzfläche. Wir sind der Auffassung, sagt er, daß in den städtischen Wohnhausanlagen, vor allem dann, wenn sie von den besiedelten Teilen etwas weiter abgelegen sind, vor allem jene Lokale zu errichten sind, die der Versorgung der örtlichen Bevölkerung zu dienen haben. Das geschieht in reichlichem Ausmaß. Die in dieser Sitzung vorliegenden Anträge, die sich mit der Errichtung von städtischen Wohnhausanlagen beschäftigen, sehen nicht nur den Bau von 750 Wohnungen, sondern auch den Bau von 32 Geschäftslokalen vor. Das ist erneut ein Beweis dafür, daß der im Interesse der Versorgung der Bevölkerung gelegene Bau von Geschäftslokalen keinesfalls vernachlässigt wird.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Über den geplanten Ausbau des Schwimmbeckens im Theresienbad in ein Hallenbad, für den ein Kostenaufwand von 21,7 Millionen Schilling vorgesehen ist, berichtet Stadtrat Koci (SPÖ).

Gemeinderat Opravil (SPÖ) hebt hervor, daß mit diesem Umbau ein langgehegter Wunsch nicht nur der Meidlinger Bevölkerung, sondern auch vieler anderer Bewohner Wiens in Erfüllung geht. Da das Bassin fast internationalen Ausmaßen entspricht, wird die neue Halle insbesondere den Sportlern, aber auch den Schulkindern zugute kommen. Das von Maria Theresia gegründete Heilbad wurde im Jahre 1902, also vor genau 60 Jahren, zu einem Schwimmbad umgestaltet, und die Gemeinde kann der Dankbarkeit all jener Menschen sicher sein, die die wohltuende Wirkung dieses Bades am eigenen Leib gespürt haben.

Nach einem Schlußwort von Stadtrat Koci, der darauf verweist, daß jetzt schon Anmeldungen für das zu errichtende Hallenbad vorliegen, wird auch diese Vorlage einstimmig angenommen.

Gemeinderat Käthe Jonas (SPÖ) referiert einen Antrag auf Errichtung einer zweijährigen internatsmäßig geführten Vorschule der Krankenpflegeschule des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien mit einem systemisierten Stand von 20 Schülerinnen. Zweck der neuen Einrichtung ist es, den schulentlassenen Mädchen die Möglichkeit zu geben, die Zeit bis zum Eintritt in eine Krankenpflegeschule zu überbrücken. Das 14mal jährlich gewährte Taschengeld beträgt im ersten Jahrgang 150 Schilling, im zweiten 175 Schilling.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) berührt den Antrag, meint jedoch, daß der Schwesternmangel nur durch eine andere Haltung in der städtischen Personalverwaltung beseitigt werden könne. Der Dienst am Krankenbett müsse für die jungen Menschen anziehender gemacht werden.

Gemeinderat Käthe Jonas entgegnet dem in ihrem Schlußwort daß der Mangel an Pflegepersonal in der ganzen Welt existiert und leider bisher noch nirgends ein Rezept dagegen gefunden wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

Die größte Grundtransaktion unserer Stadt

Gemeinderat Mayr (SPÖ) referierte über die größte Grundtransaktion in der Geschichte der Stadt Wien, über den Ankauf der sogenannten Drasche-Gründe in Inzersdorf und 35 anderer Grundstücke. Es handelt sich bei den Drasche-Gründen um insgesamt 413 Hektar und um einen Kaufpreis von 210 Millionen Schilling, fast soviel wie die Gemeinde im ganzen Jahr 1961 für Grundkäufe ausgegeben hat.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) schilderte dann die jahrelangen Bemühungen um den Ankauf der Drasche-Gründe. Die Familie Drasche nannte ursprünglich als Kaufpreis 280 Millionen Schilling und es war sehr schwer, diese Summe auf 210 Millionen herabzusetzen. Diese großen Flächen bieten nun der Stadt Wien die Möglichkeit, auf längere Zeit Aufschließungsarbeiten und die spätere Verbauung zu planen.

Der Stadtrat gab dann einen Überblick über die wichtigsten Grundankäufe der Stadt Wien in den letzten Jahren und beleuchtete die Absichten, die sie zu solchen Transaktionen bewegen haben. Es geht bei diesen Erwerbungen darum, vor allem Grünland in den Besitz der Stadt Wien zu bekommen und somit das Erholungsgebiet der Wiener zu erweitern. So sind in den letzten Jahren der Schwarzenbergpark, die Laudon-Gründe, der Deutschordenswald, die Wikzek-Gründe, der Dorotheer-Wald und der Breitenfurter Wald in den Besitz der Stadt Wien übergegangen. Einschließlich dem Ankauf der Drasche-Gründe hat die Gemeinde Wien von 1956 bis zum heutigen Tag 934 Millionen Schilling für Grundankäufe aufgewendet.

Diese Grundstücke haben ein Ausmaß der Bezirke 1 bis 9 ohne der Leopoldstadt. Sie sind also so groß wie sämtliche Bezirke innerhalb des Gürtels. Stadtrat Sigmund dankte aus diesem Anlaß dem Finanzreferenten für sein großzügiges Verständnis und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinde Wien auch in Zukunft, möglichst ohne Anwendung des Enteignungsparagraphen, Grundstücke, die für den Wohnungsbau, für die Errichtung neuer Verkehrsflächen und nicht zuletzt für die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels erwerben wird können.

Der Antrag über den Ankauf der Drasche-Gründe wurde dann vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Slavik erstattete dann den Bericht über die Auflegung der Stadtanleihe 1962 und informierte den Gemeinderat über die Vorarbeiten für diese Auflage. Sie wird zur Gänze an die Wiener Stadtwerke zum Ausbau der E-Werke und der Gaswerke sowie für die Anschaffung neuer Straßenbahnzüge weitergegeben. Diese zweite Stadtanleihe wird in Höhe von 200 Millionen Schilling aufgelegt. Die Verzinsung beträgt 7 Prozent pro Jahr, die Laufzeit erstreckt sich auf 20 Jahre.

Gemeinderat Lauscher (KLS) verweist auf die Kosten, die mit dieser Anleihe verbunden sind. Die Bankprovisionen werden seiner Ansicht nach zirka 10 Millionen erreichen und die Zinsen dürften im Laufe von 10 Jahren 150 Millionen verschlingen. Mit dieser Anleihe wird somit den Stadtwerken eine weitere Schuldenlast aufgebürdet. Und dies bei 800 Millionen Schilling Rücklagen, die sich in der Gemeindegasse befinden. Er meint, man müßte aus diesen Reserven den Stadtwerken zu günstigen Bedingungen eine Anleihe gewähren und fragt den Finanzreferenten, warum dies nicht getan wird. Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion dem Antrag des Finanzreferenten auf Auflegung einer Stadtanleihe nicht zustimmen wird.

Vizebürgermeister Slavik macht im Schlußwort seinen Vordredner darauf aufmerksam, daß er keinen Antrag stellte, sondern nur einen Bericht erstattet hat. Die Gemeinde Wien, erklärt er zu den Ausführungen von Gemeinderat Lauscher, ist den Stadtwerken gegenüber nicht untätig. Die 300 Millionen Schilling, die

den Stadtwerken seinerzeit als effektiver Zuschuß bereitgestellt wurden, waren eine sehr beachtliche Hilfe. Bei gleichmäßiger Zurückzahlung der Anleihe wird die Zinslast wesentlich geringer sein und etwa die Hälfte des von Gemeinderat Leuscher angeführten Betrages erreichen.

Bei der Abstimmung nimmt der Gemeinderat den Bericht über die Stadtanleihe ohne die Stimmen der KLS zur Kenntnis.

(Ende des Sitzungsberichtes)
- - -

200 Epigraphiker zu Gast im Wiener Rathaus
=====

21. September (RK) Die Delegierten des IV. Internationalen Kongresses für griechische und lateinische Epigraphik waren heute abend Gäste der Wiener Stadtverwaltung in den Repräsentationsräumen des Rathauses. Mit Vizebürgermeister Mandl, der die 200 Inschriftenforscher aus aller Welt im Namen des Bürgermeisters und des Stadtsenates begrüßte, wohnten dem Empfang die Stadträte Bauer, Heller, Sigmund sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl bei.

- - -